

Verlag: Dresden, 1929. Die Redaktion ist in Dresden, Neumarkt 17. Telefon 11012. Postfach 1703. Preis: 1,20 M. pro Quartal. Einzelhefte 40 Pf. Die Verlagsanstalt ist für den Inhalt der Hefen verantwortlich. Verantwortlich: Dr. G. Dehnbach, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlag: Dresden, Neumarkt 17. Telefon 11012. Postfach 1703. Preis: 1,20 M. pro Quartal. Einzelhefte 40 Pf. Die Verlagsanstalt ist für den Inhalt der Hefen verantwortlich. Verantwortlich: Dr. G. Dehnbach, Dresden.

Kaas über die Reichspolitik

Es fehlt uns eine feste Regierungskoalition und eine verantwortungsbewusste Opposition

Rede in Dortmund

Dortmund, 18. Oktober.

Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Professor Dr. Kaas, sprach heute abend in einer Versammlung in Dortmund über die außen- und innenpolitische Lage. Ueber die Aufgaben der Regierung und der Regierungsparteien sagte Kaas, das charakteristische der gegenwertigen Lage und einer ihrer bedrohlichsten Passivposten sei der Mangel einer innerlich ausgeglichenen, durch einen einheitlichen Willen zusammengefaßten, koalitionsmaÙig festgelegten Regierung. Unbedingtes Erfordernis sei es, in Zukunft Sicherungen dafür zu schaffen, daß eine durch das Vertrauen des Parlamentes befristete Regierung nicht durch jeden Stimmungsumschwung innerhalb der Regierungsparteien gestemmt werde, und daß ihr eine größere Unabhängigkeit gegenüber den unbedenklichen Zufälligkeiten des parlamentarischen Wechsellagers garantiert werde.

Dr. Kaas kündigte die Bereitwilligkeit des Zentrums zu planvollen Reformen im Innern an. Außenpolitisch wiederholte Dr. Kaas den Standpunkt des Zentrums, daß eine endgültige und verantwortliche Stellungnahme zum Youngplan und seinen Auswirkungen heute noch nicht in Frage kommen könne. Dr. Kaas beklagte das Schneedentempo der Verständigungsarbeiten auf der Gegenseite. Mit Bezug auf die laufenden, insbesondere die Saarverhandlungen, sagte Dr. Kaas: Die Liquidation des Krieges ist im Gange, aber noch nicht zu Ende. Die Form der Liquidation war niemals weniger gleichgültig als im gegenwertigen Augenblick. Ich denke da vor allem an die deutsche Saar. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß Deutschland zu jedem Einigenkommen bereit ist, das mit der Idee der bedingungslosen politischen Rückkehr und dem Gedanken der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit zwischen Saar und Gesamtdeutschland vereinbar ist. Wir verneinen nicht die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die sich aus der geographischen Nachbarschaft mit Frankreich ergeben, und wir sind bereit, diesen Notwendigkeiten im Rahmen unserer nationalen Interessen und unserer nationalen Würde Rechnung zu tragen. Der sachliche Inhalt und das Tempo der Erledigung der Saarabmachungen wird von wesentlichem Einfluß auf die Weiterentwicklung der politischen Verhältnisse sein. — Uebergehend zu den Fragen, die mit dem Volksbegeh-

ren zusammenhängen, bedauerte Kaas das Fehlen einer ihrer Verantwortung bewußten, bei aller sachlichen Schärfe die ungeschriebenen Gesetze eitterlichen Kampfes und die Gegebenheiten der Realpolitik respektierenden Opposition. Ganz anders würden sich die Dinge gestalten, wenn wir eine Rechtsopposition hätten, die mit beiden Füßen auf dem Boden des heutigen republikanischen Staatswesens stünde und alle ihre Kräfte einsetzte gegen das unorganische Entwicklungstempo, wie es vielen sozialistischen Vertretern des republikanischen Gedankens vor-schwebt. Wie sollen wir zu einer einheitlichen Willenszusammenfassung der gesamten Nation gelangen, wenn die sogenannte nationale Opposition ihren Verus darin sieht, die ganzen ungeheueren Mühen und Ansbauarbeiten des vergangenen Jahrzehnts hinzustellen als das schmachvolle Ergebnis einer knechtischen Besinnung. Ein Kreuzweg ist dieses Jahrzehnt gewesen, oder kein Jernweg. Statt diejenigen zu schmähen, die in Geduld und Seelengröße den Kreuzweg von Versailles bis zum Haag gegangen sind, sollte man sich fragen, wo Deutschland gelandet wäre, wenn es den rein protestantischen und negativen Parolen deyer gefolgt wäre, die es früher geführt und, wie wir heute wissen, ins Unglück geführt haben. Es ist eine Irreführung und Vergiftung der öffentlichen Meinung, wenn in diesen Tagen der Versuch gemacht wird, die Stellungnahme zu den Ergebnissen der deutschen Außenpolitik unter dem Gesichtspunkte vaterländischer oder nichtvaterländischer Besinnung zu sehen.

Der Aufstieg Deutschlands kann sich nicht in frontalen und aggressiven Kampf gegen die Willkürbestimmungen der Friedensverträge vollziehen, sondern nur in geduldigem moralischer Offensive und in stufenweiser Geltendmachung unserer wiedererwachenden Kräfte für die Erreichung eines ausgeglicheneren und gerechteren Friedenszustandes, als Versailles uns ihn besichert hat.

Dr. Kaas wandte sich zum Schluß gegen die Auffassung, daß man eine Krise des Dawesplanes hätte abwarten sollen, und erklärte: Der selbständige Unternehmer, der Landwirt, der Mittelstand können keinen Wiederaufstieg mehr erreichen, wenn sie einmal die wirtschaftliche Wüste verloren haben. Diese Schicksale würden dauernd Proletariat bleiben und damit die an sich ungeheure soziale Not verschärfen. Hier liegt der große Redenschwerer der Vertreter des Volksbegehrens, wenn sie von einer Daweskrise als einer Gesundungskrise für Wirtschaft und Volk sprechen.

Die Verfassungsreform in Österreich

Wien (Uta).

Oesterreich geht nunmehr daran, das große Werk der Reform seiner Verfassung durchzuführen. Die Regierung hat im Einvernehmen mit den Mehrheitsparteien die Gesetzentwürfe fertiggestellt, die Freitag der Nationalversammlung zugehen; Bundeskanzler Schöber gibt hierbei eine Regierungserklärung ab. In den vorangegangenen Erörterungen mit den Mehrheitsparteien hat der Bundeskanzler zu erkennen gegeben, daß er die Einzelheiten der in den Regierungsvorlagen enthaltenen Bestimmungen nicht als etwas Unabänderliches betrachtet. Er hat die Möglichkeit offen gelassen, daß an den Regierungsvorwürfen Änderungen vorgenommen werden. Der Bundeskanzler ist der Ansicht, daß bei den parlamentarischen Arbeiten die Mehrheit als ein geschlossenes Ganzes auftreten müsse. Diese Auffassung findet ihre Stütze in dem Pakt, der zwischen der Christlich-sozialen Partei, der Großdeutschen Volkspartei und dem Landbund geschlossen wurde und derzeit die Grundlage der Mehrheitsbildung im Parlament ist. Die Auffassung des Bundeskanzlers hat die Zustimmung der Mehrheitsparteien gefunden.

Ueber den Inhalt der Verfassungsreform, die heiß umkämpft werden dürfte, wird von informierter Seite mitgeteilt: Das Reformwerk will zunächst die Befugnisse des Bundespräsidenten ausgestalten. Der Bundespräsident soll mit dem Recht ausgestattet werden, die Minister zu ernennen und zu entheben, den Nationalrat einzuberufen und aufzulösen (wobei für die Tätigkeit des Nationalrates die Einführung des Sessensystems, und zwar zwei Sessionen jährlich, eine Herbstsitzung vom Oktober an und eine Frühlingssitzung vom April an, in Aussicht genommen ist). Der Oberbefehl über die Wehrmacht soll vom Nationalrat auf den Bundespräsidenten übergehen, was die Auffassung der Parlamentarier in sich schließen würde; schließlich soll der Bundespräsident auch das Recht erhalten, gewisse Ausnahme- und Notverfügungen zu treffen. Die Wahl des Bundespräsidenten soll zuerst durch das gesamte Bundesvolk erfolgen; das gilt jedoch nur für den nächsten Bundespräsidenten. In der Folge will man die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vornehmen, die für diesen Zweck eine Erweiterung erfahren wird. Bisher bestand die Bundesversammlung aus den Mitgliedern des Nationalrates und des Bundesrates. In Zukunft soll sie durch die Mitglieder der Landesregierungen, eventuell auch durch die Rektoren der Hochschulen ergänzt werden. Durch diese Erweiterung soll auch dem föderativen Charakter des Staates Rechnung getragen werden.

Bedeutend sind die Änderungen, welche die Verfassungsreform hinsichtlich der Kompetenzen der Staatsorgane vorsieht: die gesamte Strafpolizei, ferner die Aufsicht über die Theater und Kinos soll die Bundespolizei führen; ebenso wird bestimmt, daß in allen jenen Gebieten, in welchen die Bundespolizei besteht, die Haltung einer Gemeindevache verboten ist. Diese Bestimmung trifft vor allem Wien und Wiener-Neustadt, wo es heute noch neben der Bundespolizei eine eigene Gemeindevache gibt. Bekannt ist ferner auch, daß eine weitgehende Entpolitisierung durch die Verfassungsreform angestrebt wird; sie soll sich vor allem auf den Verfassungsgerichtshof, den Verwaltungsgerichtshof und die Wehrmacht beziehen. Bezüglich der Entpolitisierung der Wehrmacht wird eine Änderung des Wehrgesetzes vorbereitet.

Der Bundesrat wird eine neue Gestalt erhalten. Er bleibt Ländervertretung, wird aber durch Vertreter der Städte erweitert. Jedes Bundesland und die Gemeinde Wien werden das Recht erhalten, je zwei Vertreter in den Bundesrat zu entsenden, so daß dieser aus 18 Ländervertretern besteht, wozu noch 36 Ständevertreter kommen, und zwar 12 Vertreter der landwirtschaftlichen Unternehmer und Arbeiter, 9 Vertreter von Handel, Gewerbe und Industrie, 9 Vertreter der Arbeiter und Angestellten, 3 Vertreter der öffentlichen Angestellten und 3 Vertreter der freien Berufe (etwa Ärzte, Advokaten, Journalisten).

Die Stellung Wiens wird grundlegend abgeändert. Wien bleibt nicht mehr Bundesland, sondern wird

Der neue Kreuzer „Leipzig“

Stapellauf in Wilhelmshaven

Wilhelmshaven, 18. Oktober.

Der neue Kreuzer der deutschen Reichsmarine, der Kreuzer „Leipzig“ ist heute vom Stapel gelaufen und auf den Namen „Leipzig“ getauft worden.

Oberbürgermeister Rother (Leipzig) hielt beim Stapellauf des Kreuzers folgende Rede: Am heutigen Tage, wo vor 116 Jahren die große Schlacht bei Leipzig geschlagen und Deutschland von der Herrschaft Napoleons befreit wurde, lassen wir ein Schiff vom Stapel, das uns erinnern soll an die erste Kreuzerregatta Leipzig, die von 1875 bis 1893 im Dienst der Marine stand und an den kleinen Kreuzer „Leipzig“, der 1906 vom Stapel lief und am 8. Dezember 1914 bei den Falklandinseln einer starken englischen Uebermacht erlag und mit seinem Kapitän Haun in die Tiefe sank. Das neue Schiff blickt auf eine ruhmvolle Tradition seiner beiden Vorgänger und erinnert daran, wie deutsche Offiziere und Matrosen mit dem Kapitän an der Spitze ihr Leben für ihr Vaterland dahingaben. Nach den furchtbaren Lehren des Weltkrieges denken wir bei der Taufe eines Kriegsschiffes an die Verbindung der Heimat mit den Deutschen im Ausland, an den Schutz der im Ausland lebenden Deutschen und an den Schutz unseres Außenhandels, den ein in allen Häfen der Welt sich zeigendes Kriegsschiff gewährleisten soll. Wenn das Schiff in den Häfen des Auslandes anlegt, dann soll es den fremden Völkern, die es sehen, zeigen,

was deutsche Technik, deutsches Können und Wissenschaft leisten, wie deutsche Offiziere und Matrosen in Disziplin, aber auch in begründetem Selbstbewußtsein, die deutsche Nation fest und würdig vertreten. Zugleich soll es durch den Namen, den es trägt, Kunde geben von einer deutschen Stadt, die durch ihre internationalen Messen, durch ihren Welthandel Beziehungen zu allen Ländern pflegt und soll diesen Namen weitertragen, wo er noch nicht bekannt sein sollte. So laufe ich als Oberbürgermeister dieser Stadt dieses stolze Schiff, dieses Wunderwerk deutscher Technik mit dem Wunsch, daß es alle Stürme des Meeres siegreich übersteht und überall festen Ankergrund finden möge, daß seine Besatzung dem deutschen Vaterlande immer Ehre mache, daß das Schiff ein Bote des Friedens zwischen Deutschland und den anderen Völkern des Weltmeeres, auf den Namen „Leipzig“.

Die Taufe wurde durch die Witwe des gefallenen Kommandanten des kleinen Kreuzers „Leipzig“, Frau, vollzogen, während die ersten drei Quartas auf das abgehende Schiff Schiffsbaudirektor Schulz ausbrachte.

* Der Weissh n. Lettow-Vorbeck in London. Wie Reuters erfährt, hat General v. Lettow-Vorbeck die Einladung zu einem Bankett angenommen, das Anfang Dezember in London zu Ehren aller Teilnehmer des ostafrikanischen Feldzuges veranstaltet werden wird. General Smuts, der die britischen Streitkräfte befehligte, wird das Bräudium übernehmen.

Der heutigen Nummer liegt das „St. Bennoblat“, das Sonntagblatt für die Diözese Meißen, und die Kinderbeilage „Tschumi“ bei.